

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21
"Tagblatthaus".

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfach-Nr. 7405.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Vertraut:

"Tagblatthaus" Nr. 6850-53.
Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.
Postfach-Nr. 7405.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: Mt. 1.40 monatlich, Mt. 4.20 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frachtgebühren. — Beleg-Belegungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle Bismarckring 19, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Briefbüchsen die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 60 Pf. für örtliche Anzeigen; 80 Pf. für auswärtige Anzeigen; Mt. 3.— für örtliche Reklamen; Mt. 4.50 für auswärtige Reklamen. — Bei wiederholter Aufnahme unbegrenzt ermäßigter Preise. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abstellung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, in der Apostelstraße 7, 1. Fernsprecher: Amt Lügow 6202 und 6203.

Dienstag, 30. Dezember 1919.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 585. • 67. Jahrgang.

Wir sind zu unserm Bedauern wiederum genötigt, die Herausgabe unseres Blattes vorübergehend zu unterbrechen, da die für uns bestimmten Papierlieferungen laut telegraphischer Meldung am 24. d. M. wohl abgegangen, aber bis jetzt noch nicht bei uns eingetroffen sind. Die Unterbrechung dürfte daher vorwiegend nur von kurzer Dauer sein.

Der Verlag.

Neueste Drahtmeldungen.

Die deutsche Antwort.

Br. Berlin, 29. Dez. (Fig. Drahtbericht.) Wie wir hören, ist die Antwort der deutschen Regierung auf die letzte Forderung im wesentlichen fertiggestellt. Sie dürfte voraussichtlich in den nächsten Tagen abgehen.

Der Oberbefehlshaber der alliierten Besatzungstruppen in den Rheinlanden.

W. T. B. Paris, 29. Dez. (Drahtbericht.) Die gesamte Pariser Morgenpresse meldet, daß der französische General Degoutte nach Inkrafttreten des Friedensvertrags zum Oberbefehlshaber der französischen, belgischen und englischen Besatzungstruppen in den Rheinlanden ernannt werde.

Lebensmittelauf in Amerika.

Br. Berlin, 29. Dez. (Fig. Drahtbericht.) Die deutsche Regierung hat neue Verhandlungen über den Ankauf von Lebensmitteln mit Amerika angeknüpft. Es ist möglich, daß Ende Januar ein Lieferungsabkommen getroffen wird, mit dem wahrscheinlich gleichzeitig ein Kredit verbunden sein soll.

Grenzschutzeschärfungen in Polen.

Br. Brest, 29. Dez. (Fig. Drahtbericht.) Die Presseinformation meldet aus Warschau: Das polnische Kriegsministerium hat drei Jahrgänge der Reservemannschaften und neun Jahrgänge der Reserveoffiziere einberufen. Die polnische Regierung ordnete die Verschärfung des Grenzschutzes gegen Rußland und Deutschland an.

Eine Pfändung bei Helfferich?

Br. Berlin, 29. Dez. (Fig. Drahtbericht.) Das „E. L.“ veröffentlicht heute unter Vorbehalt die Nachricht, daß auf Veranlassung des Gerichts heute in der Wohnung des früheren Staatssekretärs Dr. Helfferich eine Pfändung vorgenommen wurde, um die über ihn vom parlamentarischen Untersuchungsausschuß verhängte Geldstrafe von 300 Mark sicherzustellen. Die ex. au. zahlen sich geweigert haben.

Wie kommen wir zum Einheitsstaat?

Ministerpräsident Hirth über die Haltung Preußens.

Br. Berlin, 27. Dez. In „Abendblatt“ beschäftigt sich der preussische Ministerpräsident Hirth mit der Frage: Wie kommen wir zum Einheitsstaat? Nachdem er seinen grundsätzlichen stehenden Standpunkt zu dem Beschluß der Landesversammlung und seine Bedenken wegen des Zeitpunktes wiederholt und auch auf die Gegenüberstellung der föderalistischen Gegner des Einheitsstaates hinweist, betont er, daß nach Ansicht der Antragsteller in der Landesversammlung und der preussischen Regierung Preußen bereit sei, im Reiche anzugehen, wenn dieselbe bereitwilling auch bei anderen Ländern verbleibe und daß diese Bereitwilling auch bei anderen Ländern verbleibe und daß es sich daher als größtes der Länder zu dem Beschluß verpflichtet sei, ob der deutsche Einheitsstaat jetzt schon erreichbar sei. Hirth weist noch die bevorstehende gefühlvolle Gegenüberstellung gegen diesen Gedanken vor allem durch die Zeit überwinden werden. Ein sofortiges positives Ergebnis der auch von den anderen Ländern gemachten Bestrebungen sei nicht zu erwarten, doch würden die preussischen Vertreter die unbedingten Vorurteile gegen die Preußen zerstreuen und größere Vorbehalte machen können. Eine Annäherung sei vielmehr durch die einheitliche Gestaltung der Verwaltungsreform in den einzelnen Ländern erreichbar, da auch in anderen Ländern ähnliche Reformen bevorstünden, die die neue preussische Landgemeinde- und Städteordnung, die die neue preussische Provinzialordnung, Gelingen es den Ländern, sich über die Grundzüge dieser Reformen zu einigen und die Freigabe der Beamten innerhalb Deutschlands durch ihre Verpfändung von einem Lande ins andere zu erreichen, so sei angeht die Vereinheitlichung im Steuerwesen, Verkehrswesen und Schulwesen durch die Reichsverfassung der Einheitsstaat tatsächlich geschaffen und es bleibe nur noch seine formelle Schaffung übrig. Preußen habe bereits dem deutschen Einheitsgebanen mit alle Sonderrechte verzichtet und sich stets als Förderer der deutschen Einheit erwiesen. Es werde auch weiter diese Rolle spielen. Allen Umständen nach ist es gerade der Augenblick dazu noch nicht gekommen sein.

Die Ententshilfe für Österreich.

Br. Wien, 29. Dez. Staatskanzler Renner erhielt vom italienischen Ministerpräsidenten Ritti ein Telegramm, wonach mit der Getreidelieferung am 24. Dezember begonnen wurde und mit der größten Schnelligkeit des festgesetzten Kontingents Fortfahren werden wird. — Da die letzten Kontingents Fortfahren keine Besserung aufweisen, schenken sich nach Österreich keine Besserung aufweisen, hat das Staatsamt für Verkehrswesen die Personenverkehrswege bis einschließlich Neujahrstag ausgedehnt.

Br. Wien, 29. Dez. Wie das „R. Wiener Tagbl.“ meldet, werden die Verhandlungen wegen Verpachtung des Tabakmonopols in Paris vom Staatssekretär Reich geführt werden. Zunächst wird es sich um einen Vorschlag handeln, der 150 bis 200 Millionen Franken betragen dürfte.

Br. Wien, 29. Dez. Die Rathauskorrespondenz meldet: Eine Abordnung der oberitalienischen Städte verhandelte vorgestern mit dem Bürgermeister über die Durchführung von Kindertransporten nach Oberitalien. Der Führer der Abordnung teilte mit, daß die Gesamtanmeldung für die Aufnahme von Kindern in Oberitalien bereits die Zahl 10000 erreicht habe. Gestern fuhr der erste Zug mit 400 Kindern nach Mailand.

Die Adriafrage.

Br. Rom, 30. Dez. (Fig. Drahtbericht.) In hiesigen politischen Kreisen ist jochen bekannt geworden, daß die interalliierte Ministerkonferenz, die die Lösung der Adriafrage herbeiführen und insbesondere das Schicksal Triestes regeln soll, am 7. Januar in Paris zusammengetreten wird. Der italienische Ministerpräsident Ritti, der an der Konferenz teilnehmen wird, begibt sich bereits zu diesem Zweck am 5. Januar nach Paris.

Br. Rom, 29. Dez. (Stefani.) Am Vortag der Abreise der Delegierten nach Paris zur Wiederaufnahme der Prüfung der adriatischen Frage muß als unerlässliche Grundlage für die neuen Verhandlungen das Abkommen, das zwischen dem Nationalrat von Triest und der italienischen Regierung durch Plebiszit erlangt wurde, angenommen werden.

Die Ententebeziehungen mit den bisher feindlichen Mächten.

Br. Brüssel, 29. Dez. Am gestrigen Sonntagvormittag trat hier die Alliierten-Konferenz zusammen, welche die Frage der Beziehungen mit den bisher feindlichen Mächten zu prüfen hat. Infolge von Meinungsverschiedenheiten unter den verschiedenen vertretenen Staaten vertagte sich der Kongress auf Montag. Dann sollen endgültige Beschlüsse über die gegenüber den Zentralmächten einzunehmende Haltung gefaßt werden.

Italien und Frankreich.

Br. Rom, 29. Dez. (Stefani.) Der Senat führte gestern die Diskussion über die vorläufigen Haushaltsmittel fort. Mussolini, der sich in längerer Rede mit der abstrakten Frage befaßte, äußerte sich dahin, daß der größte Teil der Italiener geistige Bande der Zuneigung gegenüber Frankreich habe. Er glaube, daß ein Bündnis mit ihm zur Verteidigung gemeinschaftlicher Interessen und der Zivilisation gegeben sei. Aber es gebe keine Minderheiten, die ein anderes Ideal hätten, und diese kleinen Minderheiten würden in der Kammer gegen die Mehrheit ausgespielt, die den lebhaften Wunsch habe, mit Frankreich in einer Gemeinschaft des Wohlbistens zu leben. Senator di Robiano sprach in längerer Ausführungen über die Frage des Triestes und betonte die Indistinktionen über die Entschlüsse der Untersuchungskommission. Ritti antwortete, daß der Text des Vertrages von London der Kommission für die Prüfung des Friedensvertrages unterliegt. Er sei demjenigen gleich, der durch die Londoner Zeitungen bereits veröffentlicht worden sei.

Die mitteleuropäische Zeit in Frankreich.

Br. Paris, 27. Dez. Der französische Nationalrat wird ein Gesetzentwurf machen, wodurch vom 1. Januar ab die mitteleuropäische Zeit in Frankreich eingeführt wird. In der Nacht zum 1. Januar um 11 Uhr wird die Uhr um eine Stunde vorgerückt und am 23. Oktober wieder zurückgestellt.

Belgien und die luxemburgische Frage.

Br. Brüssel, 29. Dez. Der „Soir“ meldet, der belgische Gesandte in Paris sei beauftragt worden, seine Verhandlungen mit der französischen Regierung zur Erlangung einer französisch-belgischen Entente nicht auf die militärische Frage zu beschränken; er solle diese vielmehr auch auf die Regelung der luxemburgischen Frage ausdehnen; denn sie sei für Belgien aus der gleichen Ursache eines Interessensbündnisses verknüpft.

Die Streikunruhen in Argentinien.

Br. Buenos Aires, 27. Dez. (Havas.) Die Lage ist wegen der Arbeiterunruhen etwas gespannt, jedoch nicht beunruhigend. Auf den Staatsbahnen herrscht Teufelslauf; aber, abgesehen von Verärgerungen, läßt sich zum Entziffern zu bringen, konnte der Betrieb aufrechterhalten werden. Die Fabriken werden militärisch bewacht. Einigungsverhandlungen sind eingeleitet worden. Anarchistische Agitatoren sollen die Urheber der Unruhen sein. Die Regierung hat Maßnahmen getroffen, um deren Propaganda zu unterdrücken.

Deutschland.

Das Reichsheer.

Br. Berlin, 28. Dez. Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Das Reichsheer wird am 1. April 1920 gebildet werden. Nach dem Friedensvertrag darf es nur 100 000 Mann stark sein und Mannschaften stark sein. Ebenso wie seine Stärke ist durch den Friedensvertrag auch die Zahl seiner Verbände festgelegt. Sie ist verhältnismäßig gering gegen die des früheren Heeres. Dabei werden am 1. April 1920 eine große Anzahl von Städten ihre Garnisonen verlieren. Diese Städte, besonders die, die seit langen Jahren, oft seit Jahrhunderten derselben Truppenteile in ihren Mauern beherbergt sind, werden hierdurch schwer getroffen. Wir haben aber hier vor unabwehrlichen Tatsachen. Das frühere Heer ist auf Befehl der Reichsregierung aufgelöst. Der Friedensvertrag legt Deutschland auch militärische Fesseln an. Das muß durchzuführen werden. Für das verbleibende Heer müssen Garnisonen nach der Verwendungsmöglichkeit der Truppen und den Ausbildungsgrundsätzen ausgereicht werden. Bei gleicher Bewehrung sprechen natürlich die alten Garnisonorte sich militärischerseits keine Möglichkeit, den Verlust der Garnison auszugleichen.

Groß-Berliner Beamten demonstration.

Br. Berlin, 29. Dez. Das Kartell Groß-Berlins des Deutschen Beamtenbundes veranstaltete gestern verschiedene Versammlungen, in denen gegen die nur 50prozentige Erhöhung der Steuern und Zulagen protestiert und eine solche von 150 Prozent verlangt wurde. Abordnungen überbrachten die gefaßte Resolution den einzelnen Ministerien. Inzwischen ordnete sich ein Demonstrationstag, der durch die Linden, die Wilhelmstraße und die Potsdamer Straße vor das Reichstagsgebäude zog. Nachdem dort mehrere Reden gehalten worden waren, zerstreuten sich die Demonstranten in aller Ruhe.

Die Bezarbeiter.

Br. Berlin, 29. Dez. In einer Konferenz des alten Bezarbeiterverbandes mit den Hochofenbetriebsräten des Ruhrbezirks, die in der Frage der Sechsstundenarbeit in Bochum abgehalten wurde, gelangte mit 69 gegen 10 Stimmen eine Entschliessung dahin zur Annahme, daß die Verkürzung der Entschloßarbeit im Bergbau auf sechs Stunden durch internationale Vereinbarungen herbeigeführt werden müsse, ferner, daß bei den bevorstehenden neuen Tarifverhandlungen mit Rücksicht auf die starke Verküderung der Lebenshaltung eine erhebliche Verbesserung der Bezarbeiterereinkommen zu fordern sei.

Handelsbilanz und Zahlungsbilanz.

Jeder Geschäftsmann weiß, was man unter Bilanz versteht: das Verhältnis von Einnahme und Ausgabe. Eine Bilanz ist in Ordnung, wenn Ausgaben und Einnahmen sich die Waage halten. Sie ist nicht in Ordnung, wenn die Ausgaben die Einnahmen überwiegen. Was für den einzelnen gilt, das gilt für den großen Wirtschaftskörper einer Volkswirtschaft in dem gleichen Maße. Wenn die Gesamteinnahmen der Wirtschaftsubjekte eines Volkswirtschaftskörpers hinter den Gesamtausgaben zurückbleiben, dann ist die Handelsbilanz gestört. Und wenn dieses Mißverhältnis nicht nur vorübergehend, sondern von Dauer ist, dann steuert der Wirtschaftskörper mit unfehlbarer Sicherheit dem Untergang entgegen, denn eines schönen Tages wird auch ein etwa vorhandenes Vermögen aufgebraucht sein und die Bilanz wird durch keine alten Vorräte mehr aufrechterhalten werden können.

Man spricht von einer aktiven und von einer passiven Bilanz. Aktiv nennt man eine Bilanz, wenn die Einnahmen die Ausgaben überschreiten, passiv dann, wenn das umgekehrte Verhältnis eintritt. Unter Handelsbilanz einer Volkswirtschaft versteht man mit dem Verhältnis der Einfuhr zur Ausfuhr. Wenn der Wert der Wareneinfuhr den Wert der Warenausfuhr übersteigt, dann kann man von einer aktiven Handelsbilanz sprechen, während von einer passiven Handelsbilanz dann die Rede ist, wenn die Ausfuhr größer ist als die Einfuhr. Zu einer Zeit in der das Wirtschaftskörper noch nicht im Zeichen eines ausgeprägten Kreditverfalls stand, zu einer Zeit, in der auch die Verkehrsunternehmungen noch nicht einen so wichtigen Faktor annehmen wie heute, war der Wohlstand einer Volkswirtschaft von der Aktivität der Handelsbilanz abhängig. Unter dem Namen Merkantilismus machte sich im 17. Jahrhundert eine Schule geltend, die unter allen Umständen die Ausfuhr fördern, die Einfuhr ausländischer Waren aber hindern wollte. Man sieht ein, daß eine aktive Volkswirtschaft der Welt gerecht werdende Regelung der Handelsfrage auf diese Weise nicht zu erreichen sein wird, weil ja schließlich jede Volkswirtschaft dazu kommen müßte, sich gegen eine Einfuhr abzusichern und weil infolgedessen eine Ausfuhr anderer Volkswirtschaften überhaupt unmöglich werden würde. Immerhin hätte aber in Zeiten, in denen eine Volkswirtschaft schwer zu leiden hat, von der Einfuhr überflüssiger Artikel noch Möglichkeit im Interesse der Hebung der Handelsbilanz abgesehen werden.

Ist nun aber eine aktive Handelsbilanz wirklich die einzige Quelle des Reichtums einer Volkswirtschaft, oder liegen noch andere Quellen, die diesem Reichtum bilden können? Unter Handelsbilanz verstanden wir doch das Verhältnis der Wareneinfuhr und Ausfuhr eines Wirtschaftskörpers. In der heutigen Zeit werden aber auch noch auf anderen Wegen als durch den Handel Werte übertragen. Erinnerung sei z. B. an ausgebildete Systeme des internationalen Geldverkehrs. Wenn z. B. früher die deutsche Volkswirtschaft dem Ausland sehr große Geldbeiträge zur Verfügung stellte und so zum Gläubiger des Auslandes wurde, so kauf man auf diese Weise eine neue Quelle des Reichtums, der in Form von Zinsen für die zur Verfügung gestellten Gelder jährlich dem deutschen Wirtschaftskörper zufließt. Ferner bildeten die Einnahmen der großen deutschen Schiffahrtunternehmungen einen sehr bedeutenden Faktor in den Einnahmen des Reichs, aus denen ebenfalls große Geldmengen der deutschen Volkswirtschaft zufließen. Die Lehre, daß also nicht die Handelsbilanz allein zur Veranlassung der Wirtschaft einer Volkswirtschaft herangezogen werden kann, sondern daß diese Handelsbilanz ergänzt werden muß durch die eben erwähnten Zusätze. Es kommt letzten Endes nicht darauf an, daß die Wareneinfuhr unter allen Umständen die Warenausfuhr übersteigt, sondern darauf, daß die Gesamteinnahme größer ist als die Gesamtausfuhr. Also nicht die Handelsbilanz ist maßgebend für den Wohlstand einer Volkswirtschaft, sondern die Zahlungsbilanz, also das Verhältnis der Gesamteinnahme zur Gesamtausfuhr.

Wie der Zahlungsbilanz steht natürlich im engen Verhältnis die Salutarfrage, also die Anerkennung unserer Währung im Ausland. Wenn, wie es gegenwärtig der Fall ist, die Zahlungsbilanz für das Deutsche Reich passiv ist und im nächsten Jahre infolge der großen Kriegsentwässerungen auch passiv bleiben wird, so ist es als fatal anzunehmen, daß die deutsche Währung unter dieser Passivität zu leiden haben wird und sich immer unter die Währung

